



Crimethink – die SPD dreht durch



Als „Crimethink“

bezeichnet im herkömmlichen Englisch ein sogenanntes Gedankenverbrechen (thought crime), eine gedachte Kritik an der Doktrin der jeweiligen Regierung oder auch nur ein In-Erwägung-Ziehen von anderen Gedanken ([Wikipedia](#)). Als George Orwell in den Jahren 1946 bis 1948 an seinem Roman 1984 schrieb, in dem ein einfacher Bürger in die Mühlen eines diktatorischen Überwachungsstaates gerät, hatte er eher die Zustände und Methoden der sozialistischen Diktaturen vor Augen als die Bedingungen in den westlichen Demokratien.

(Von Pjotr)

Die Bundesrepublik Deutschland erblickte im Erscheinungsjahr des Romans erst das Licht der Welt, und unter den Argusaugen der westlichen Siegermächte hatten die Väter (und natürlich Mütter) des Grundgesetzes solch verheißungsvolle Artikel wie

die Artikel 4 (Die Freiheit des Glaubens) oder Artikel 5 (Meinungsfreiheit) festgeschrieben.

Auch wenn die Bestimmung „Eine Zensur findet nicht statt“ angesichts der gleichgeschalteten öffentlich-rechtlichen Lügenpresse heutzutage eher verzweifertes Gelächter hervorruft, so möchte doch mancher Bürger glauben, er lebe in einem Staat, in dem er sich selbst seinen Reim auf die Politik machen und seine Gedanken dazu auch äußern dürfe.

In dieser Hinsicht, so berichten [Spiegel](#) und [Tagesspiegel](#) übereinstimmend, dürfte sich solch ein Bürger bald umschaun – umschaun, ob nicht ein Vertreter des Verfassungsschutzes hinter ihm steht und aufpasst, dass seine Gedanken nur so frei sind, wie es die Regierenden erlauben.

Als Lackmustest kann dann schon die verwendete Sprache herhalten: Wer ‚Invasoren‘ Invasoren und nicht Migranten oder (noch falscher) Asylbewerber nennt, wen die gezielt herbeigeführte Masseninvasion von Muslimen an die Volkstumspolitik der Nazis erinnert (nur eben unter anderen Vorzeichen: ‚Umvolkung‘) der oder die muss sich darauf gefasst machen, einer verfassungsfeindlichen Gruppierung zugerechnet zu werden – mit allen Konsequenzen, die das bis ins Berufsleben haben kann. Wer's nicht glaubt, kann es beim innenpolitischen Sprecher der SPD, Burkhard Lischka, nachlesen.

Damit der einfache Bürger auch genau weiß, was er denken soll und was nicht, möchte die SPD-Bundestagsfraktion gleich alle „Pegiden“ und die AfD unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes stellen, wegen der „gefährlichen rechtsextremistischen Tendenzen“.

Nun ist es gute Sitte, dass sich die etablierten Parteien mit Klauen und Zähnen gegen eine neue Konkurrenz wehren; das war auch bei den mittlerweile satt und zufrieden an den Fleischtöpfen der Republik angekommenen Grünen nicht anders.

Erstaunlich ist es aber schon, dass die SPD zu ihren vielen „stolzen Tradition[en]“ nun auch die breitflächige Denunziation und Gedankenüberwachung ihrer Bürger hinzufügen will. Was werden denn die nächsten Schritte unserer fürsorglichen Volksvertreter sein? Orwell hatte da noch ein paar Ideen:

Verbrechensstopp: „Eine Methode, Gedankenverbrechen zu vermeiden, indem man den Gedankenstrom automatisch umlenkt, wenn er regierungskritische, ungute Themen berührt.“

Das wird ja gerade im Fall Köln durchexerziert.

Gutdenker: „Eine ‚rechtgläubige‘ Person, die auch ohne bewusste Anstrengung keine unguuten Gedanken hat.“

Dieser Begriff ist wohl nicht zufällig dem des ‚Gutmenschen‘ sehr ähnlich.

Nachdem Verfassungsschutz und Politik dann ihre Arbeit getan haben, bleibt ein dummes Wahlvolk übrig, das nur noch Quaksprech beherrscht, also spricht, ohne zu denken und regierungstreues Zeug daherschnattert (s. auch Multikulti, Bereicherung – gut für Deutschland). Wenn alles nichts hilft, bleibt ja noch das Vaporisieren.